

Mängel bei Inklusion beklagt

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Die Inklusion ist der richtige bildungspolitische Ansatz, doch ihre Rahmenbedingungen sind in Bremen unzureichend – so sehr, dass „alle Kinder hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben müssen“. Mit dieser Botschaft gehen die Leiterinnen und Leiter der elf Grundschulen des Bremer Westens in eine Bildungskonferenz der drei Beiräte, die für Donnerstag geplant ist. Ihre bisherigen Erfahrungen mit der Inklusionspraxis haben leitende Pädagogen in einem Papier zusammengefasst. Ihre Bilanz fällt ausgesprochen kritisch aus.

2009 wurde an den Schulen der Stadtgemeinde mit der inklusiven Beschulung begonnen. Unter dem Begriff versteht man die Aufnahme verhaltensgestörter und behinderter Kinder, die bisher an Förderzentren unterrichtet wurden, in den Regelschulbetrieb. Um dies zu ermöglichen, wurden von der Bildungsbehörde neue Strukturen geschaffen – zum einen sogenannte Zentren für unterstützende Pädagogik (Zup) an den einzelnen Schulen sowie Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren (Rebuz) als zweite Auffanglinie. In diesen Einrichtungen außerhalb der Schulen sollen Kinder und Jugendliche vorübergehend unterrichtet werden, wenn ihr Lern- oder Sozialverhalten den Verbleib im Klassenverband unmöglich macht.

In ihrem Positionspapier vertreten die Grundschulleiter des Bremer Westens die Auffassung, dass sowohl die Zup als auch die Rebuz aufgrund chronischer personeller Unterbesetzung ihren Aufgaben nicht gerecht werden können und der Schulalltag hierunter leidet. Die Situation habe sich in jüngster Zeit sogar noch verschlechtert. So habe es vor vier Jahren im Westen noch sieben Zentren für unterstützende Pädagogik mit eigener Leitung gegeben, inzwischen nur noch vier. An den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren gebe es statt geplanter 68 Vollzeitstellen aktuell nur 49,2. Diese bildungspolitische Mangelwirtschaft hat nach Ansicht der Grundschullehrer fatale Folgen. Sowohl die Inklusions- als auch die Förderkinder könnten „ihr Lernpotenzial nicht ausschöpfen“. Mehr noch: Vorhandene Auffälligkeiten bei Inklusionskindern wüchsen sich zu „Störungsbildern“ aus und Pädagogen erkrankten „aufgrund der strukturellen Überforderung“, heißt es in dem Papier. Die Schulleiterinnen betrachteten die Situation deshalb mit „großer Sorge“. Und weiter: „Für diese Entwicklung können wir die Verantwortung nicht tragen.“

Von der Bildungsbehörde war am Dienstag keine Stellungnahme zu erhalten.